



Statuten

der

Helvecura

Helvecura

Geschäftsstelle
ATAG Wirtschaftsorganisationen AG
Postfach 1023
3000 Bern 14

Tel. 031 380 79 61 Fax. 031 380 79 43
www.helvecura.ch / www.awo.ch

Inhaltsverzeichnis

I.	Name, Sitz und Zweck	3
II.	Mitgliedschaft	4
III.	Finanzielle Bestimmungen	5
IV.	Organe der Genossenschaft	5
1.	Die Generalversammlung	5
2.	Die Verwaltung	6
3.	Die Fachkommissionen	8
4.	Die Geschäftsstelle	8
5.	Die Revisionsstelle	9
V.	Auflösung	9
VI.	Rechtsschutz; Behandlung von Streitigkeiten, Beschwerdeinstanzen	9
VII.	Bekanntmachung	9
VIII.	Übergangsbestimmungen der Änderungen vom 13. Juni 2018	10

I. Name, Sitz und Zweck

Art. 1

Unter der Bezeichnung

- Helvecura Genossenschaft (Helvecura)
- Helvecura société coopérative (Helvecura)
- Helvecura società cooperativa (Helvecura)

besteht eine Genossenschaft im Sinne der Art. 828 ff. OR mit Sitz in Bern.

Sie ist eine private Trägerschaft im Sinne von Art. 16 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 17. Juni 2016 über die wirtschaftliche Landesversorgung (Landesversorgungsgesetz, LVG, SR 531).

Art. 2

¹Die Genossenschaft ist eine Selbsthilfeorganisation der Pflichtlagerhalter von Heilmitteln im Sinne der wirtschaftlichen Landesversorgung. Der Begriff Heilmittel richtet sich nach Artikel 2 des Bundesgesetzes vom 15. Dezember 2000 über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG, SR 812.21).

² Die Genossenschaft bezweckt:

- a) die Erfüllung von Aufgaben, die ihr vom Bund im Zusammenhang mit der Durchführung der Pflichtlagerhaltung übertragen werden, sowie die Wahrung der Interessen ihrer Mitglieder auf dem Gebiete der Pflichtlagerhaltung;
- b) den Schutz ihrer Mitglieder gegen finanzielle Verluste aus dem Preisrisiko während der Dauer der vertraglichen Lagerhaltung;
- c) die Ausrichtung einer angemessenen Entschädigung an die mit der Pflichtlagerhaltung verbundenen Aufwendungen;
- d) den Schutz ihrer Mitglieder gegen unversicherbare Sachschäden, die weder durch den Bund noch durch Dritte gedeckt sind, soweit sie während der Dauer der vertraglichen Lagerhaltung auf den Pflichtlagern entstehen. Ausgenommen sind Schäden, die der Pflichtlagerhalter selber zu verantworten hat, sowie Schäden, die auf Sabotage und terroristischen Akten beruhen.
- e) die Orientierung der Genossenschafter und Behörden über den Stand der schweizerischen Heilmittelversorgung mit den Produkten, die der Lagerhaltungspflicht unterstellt sind.

³Die Genossenschaft bezweckt keinen Gewinn.

Art. 3

¹Zur Erreichung des in Art. 2 genannten Zweckes errichtet und unterhält die Genossenschaft für verschiedene Kategorien von Pflichtlagerwaren getrennt zu verwaltende Garantiefonds, die durch die Erhebung von ausreichenden Beiträgen auf den jeweiligen, im Inland erstmalig in Verkehr gebrachten Heilmitteln, gespeisen werden.

²Die Beiträge unterstehen gemäss Art. 22 Abs. 2 Bst. b der Verordnung vom 10. Mai 2017 über die wirtschaftliche Landesversorgung (VWL, SR 531.11) der Genehmigung durch das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung (BWL). Sie werden so bemessen, dass die Mittel der einzelnen Garantiefonds mindestens ausreichen, um

- a) die laufenden Lager- und Verwaltungskosten zu bestreiten und die übrigen Verpflichtungen des Garantiefonds zu decken,
- b) die betreffenden Pflichtvorräte auf das von der Verwaltung der Helvecura festgelegte und vom BWL genehmigte Amortisationsziel abzuschreiben.

³Der Umfang der Kosten und Risiken gemäss Art. 2 Abs. 2 lit. b-d, die mit den erhobenen Garantiefondsbeiträgen abgedeckt werden sollen, wird auf Antrag der betroffenen Pflichtlagerhalter einer einzelnen Branche durch die Verwaltung festgelegt.

⁴Mittel der einzelnen Garantiefonds können von der Verwaltung auch für andere Zwecke im Bereiche der wirtschaftlichen Landesversorgung verwendet werden, wenn die öffentlichen Interessen dies rechtfertigen. Insbesondere können überschüssige Garantiefondsmittel eines Garantiefonds auf andere Garantiefonds der Helvecura übertragen werden. Entsprechende Beschlüsse unterliegen der Genehmigung durch das BWL.

⁵Nähere Bestimmungen über Erhebung, Verwendung und Anlage der erforderlichen Beiträge in die einzelnen Garantiefonds sind in besonderen, von der Verwaltung aufzustellenden Reglementen niederzulegen.

II. Mitgliedschaft

Art. 4

¹In die Genossenschaft sind alle natürlichen Personen, juristischen Personen und Handelsgesellschaften aufzunehmen, die mit dem BWL einen Pflichtlagervertrag über Heilmittel im Sinne der wirtschaftlichen Landesversorgung abgeschlossen haben.

²Ferner können Betriebe aufgenommen werden, die für die Mitglieder nach Abs. 1 Pflichtlagerware verarbeiten.

³Die Aufnahme erfolgt durch die Verwaltung auf schriftliches Beitrittsge such hin.

⁴Von der Genossenschaft werden keine Anteilscheine ausgegeben.

⁵Abgesehen von den Garantiefondsbeiträgen gemäss Art. 3 Abs. 1 sind die Genossenschafter zu keinen weiteren Geldleistungen verpflichtet.

Art. 5

¹Die Mitgliedschaft erlischt:

- a) für Mitglieder nach Art. 4 Abs. 1 mit Beendigung des Pflichtlagervertrages;
- b) für Mitglieder nach Art. 4 Abs. 2 durch Auflösung der Firma, durch Austritt oder Ausschluss aus wichtigen Gründen.

Art. 6

¹Über den Ausschluss (Art. 5 Abs. 1 lit. b) entscheidet die Verwaltung.

²Dem ausgeschlossenen Mitglied steht innert 30 Tagen nach Eröffnung des Beschlusses das Rekursrecht an die Generalversammlung zu. Es bleibt ferner Art. 846 Abs. 3 OR vorbehalten, wonach dem Ausgeschlossenen innerhalb von drei Monaten die Anrufung des Richters offen steht.

Art. 7

¹Die Mitglieder sind verpflichtet:

- a) der Geschäftsstelle die Bestände an Pflichtlagern und freien Vorräten nach den Weisungen des BWL in der vorgeschriebenen Form periodisch sowie die Veränderung der Lagerorte und der Zusammensetzung der Pflichtlager laufend zu melden;
- b) die aufgrund der im Inland erstmalig in Verkehr gebrachten Heilmittel geschuldeten Beiträge an die Garantiefonds innerhalb von 30 Tagen nach Rechnungsstellung durch die Geschäftsstelle zu zahlen;

- c) den mit der Kontrolle der Pflichtlager betrauten Funktionären oder Beauftragten der Genossenschaft, welche sich als solche ausweisen, die Kontrolle der Pflichtlager nach den im Pflichtlagervertrag vorgesehenen Bestimmungen im Rahmen ihrer Aufgabe Einsicht zu gewähren in ihre Pflichtlager, in ihre Buchhaltung samt Belegen und in ihre Versicherungspolice, soweit sie die Pflichtlager betreffen;
- d) allen gesetzlichen Vorschriften und Ausführungsbestimmungen über die entsprechende Pflichtlagerhaltung nachzuleben.

²Die mit der Kontrolle beauftragten Personen unterstehen der Schweigepflicht und berichten über ihre Wahrnehmung ausschliesslich der Geschäftsstelle. Die Berichterstattung an den Präsidenten und die mit der wirtschaftlichen Landesversorgung betrauten Amtsstellen durch die Geschäftsstelle bleibt vorbehalten.

III. Finanzielle Bestimmungen

Art. 8

Für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft haftet ausschliesslich das Genossenschaftsvermögen.

Art. 9

¹Die Verwaltungskosten der Genossenschaft werden aus den Garantiefonds bestritten.

²Die Verteilung der Verwaltungskosten auf die einzelnen Garantiefonds erfolgt unter Berücksichtigung des Arbeitsaufwandes für die verschiedenen Pflichtlagerwaren.

Art. 10

Das Geschäftsjahr stimmt mit dem Kalenderjahr überein. Auf Jahresende ist nach Massgabe der gesetzlichen Vorschriften eine Jahresrechnung zu erstellen.

IV. Organe der Genossenschaft

Art. 11

Die Organe der Genossenschaft sind:

1. die Generalversammlung
2. die Verwaltung
3. die Fachkommissionen
4. die Geschäftsstelle
5. die Revisionsstelle

1. Die Generalversammlung

Art. 12

Der Generalversammlung stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu:

- a) die Festsetzung und Änderung der Statuten, unter Vorbehalt der Genehmigung durch das WBF;
- b) die Wahl der Verwaltung, ihres branchenunabhängigen Präsidenten und der Revisionsstelle;
- c) die Abnahme des Geschäftsberichtes und der Jahresrechnung;
- d) die Entlastung der Verwaltung;
- e) die Beschlussfassung über die Auflösung der Genossenschaft;
- f) die Beurteilung von Rekursen ausgeschlossener Mitglieder, unter Vorbehalt von Art. 846 OR;

- g) die Behandlung allfälliger weiterer, ihr von der Verwaltung vorgelegter Geschäfte.

Art. 13

¹Die Generalversammlung wird durch die Verwaltung einberufen. Die ordentliche Generalversammlung findet einmal jährlich, spätestens neun Monate nach Schluss des Geschäftsjahres, statt.

²Die Generalversammlung muss überdies einberufen werden, wenn wenigstens der zehnte Teil der Genossenschafter oder, sofern die Genossenschaft weniger als dreissig Mitglieder zählt, mindestens drei Mitglieder die Einberufung verlangen.

³Die Einladung soll mindestens acht Tage vor dem Versammlungsdatum schriftlich erfolgen, unter Angabe der Verhandlungsgegenstände, bei Änderung der Statuten unter Bekanntgabe der vorgeschlagenen Änderungen. Über die nicht in dieser Weise angekündigten Gegenstände kann nicht Beschluss gefasst werden, ausser über einen in der Generalversammlung gestellten Antrag auf Einberufung einer ausserordentlichen Generalversammlung.

⁴Vertreter der an der Lagerhaltung von Heilmitteln interessierten Behörden können von Amtes wegen an der Generalversammlung teilnehmen.

Art. 14

Jeder Genossenschafter hat in der Generalversammlung eine Stimme. Er kann sich zur Ausübung seines Stimmrechts durch einen andern Genossenschafter mit schriftlicher Vollmacht vertreten lassen. Kein Genossenschafter darf aber mehr als eine Vertretung übernehmen.

Art. 15

¹Die Generalversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Genossenschafter beschlussfähig. Beschlüsse und Wahlen erfolgen mit einfachem Stimmenmehr. Für die Auflösung der Genossenschaft und für die Änderung der Statuten bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen.

²Die zwingenden Gesetzesvorschriften bleiben in jedem Falle vorbehalten.

Art. 16

¹Der Präsident oder ein Vizepräsident oder, bei deren Verhinderung, ein anderes Mitglied der Verwaltung, führt den Vorsitz und ernennt einen Protokollführer sowie die nötigen Stimmzähler.

²Über Verhandlungen und Beschlüsse der Generalversammlung wird ein Protokoll geführt, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.

2. Die Verwaltung

Art. 17

¹Die Verwaltung der Genossenschaft besteht aus einem branchenunabhängigen Präsidenten und sieben bis fünfzehn weiteren Mitgliedern. Die verschiedenen an der Pflichtlagerhaltung beteiligten Branchen sind angemessen zu berücksichtigen.

²Der Präsident und die Mehrzahl der Mitglieder der Verwaltung müssen Schweizerbürger sein und zudem ihren Wohnsitz in der Schweiz haben.

Art. 18

Die Mitglieder der Verwaltung werden für die Dauer von vier Jahren gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

Art. 19

¹Die Verwaltung ist das oberste geschäftsleitende Organ der Genossenschaft. Ihre Aufgaben sind insbesondere:

- a) die Vorbereitung der Geschäfte der Generalversammlung;
- b) die Durchführung der Beschlüsse der Generalversammlung;
- c) die Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung zuhanden der Generalversammlung;
- d) die Wahl der Fachkommissionen für die betreffenden Pflichtlagerwaren;
- e) die Wahl weiterer Kommissionen;
- f) die Bezeichnung der unterschriftsberechtigten Personen und die Regelung ihrer Zeichnungsberechtigung;
- g) die Bezeichnung der neutralen Geschäftsstelle;
- h) die Bezeichnung der mit der Kontrolle der Pflichtlager betrauten Funktionäre oder Beauftragten im Sinne von Art. 7 lit. c) der Statuten;
- i) die Aufnahme neuer Genossenschafter und der Entscheid über den Ausschluss von Genossenschaftern;
- k) die Festsetzung der Ansätze für die auf den betreffenden, im Inland erstmalig in Verkehr gebrachten Pflichtlagerwaren zu Gunsten der einzelnen Garantiefonds zu leistenden Beiträge sowie die Festsetzung der Ansätze für die hieraus vorzunehmenden Vergütungen, unter Vorbehalt der Genehmigung durch das BWL;
- l) die Festsetzung der Entschädigungen an die Mitglieder der Verwaltung und der Kommissionen;
- m) der Erlass von Reglementen für die betreffenden Garantiefonds sowie allenfalls weiterer Reglemente unter Vorbehalt der Genehmigung durch das BWL;
- n) der Erlass von Durchführungsbestimmungen unter Vorbehalt der Genehmigung durch das BWL;
- o) die Antragsstellung an das BWL bezüglich Bemessung und Neufestsetzung der Pflichtlager;
- p) die Ausübung aller Befugnisse, die nicht durch Gesetz oder diese Statuten ausdrücklich einem anderen Organ zugewiesen sind.

²Die Verwaltung und ihre Mitglieder sind verpflichtet, über die bei der Ausführung ihres Auftrages gemachten Feststellungen und Wahrnehmungen das Amtsgeheimnis zu wahren (Art. 63 LVG), und es ist ihnen untersagt, von den gemachten Wahrnehmungen einzelnen Mitgliedern oder Dritten Kenntnis zu geben.

³Für die Behandlung von Fachfragen kann der Präsident Experten einberufen. Diese können der Verwaltung Anträge stellen. Zur Behandlung dieser Anträge in der Verwaltung ist auf deren Begehren eine Vertretung der Experten beizuziehen.

Art. 20

¹Die Verwaltung versammelt sich auf Einladung des Präsidenten, so oft es die Geschäfte erfordern oder wenn drei Mitglieder derselben eine Sitzung verlangen. Für die Beschlussfähigkeit der Verwaltung ist die Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder erforderlich.

²Die Verwaltung fasst ihre Beschlüsse mit einfachem Stimmenmehr der anwesenden Mitglieder. Der Vorsitzende stimmt nicht, hat jedoch das Recht des Stichentscheides.

³Beschlüsse können auch auf dem Zirkularweg gefasst werden, sofern kein Mitglied die mündliche Verhandlung des Gegenstandes verlangt. Solche Beschlüsse sind im Protokoll der nächsten Verwaltungssitzung festzuhalten.

⁴Vertreter der an der Lagerhaltung von Heilmitteln interessierten Behörden können von Amtes wegen an den Sitzungen der Verwaltung teilnehmen.

⁵Über die Verhandlungen und Beschlüsse der Verwaltung ist ein Protokoll zu führen, das vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.

Art. 21

Die Verwaltung bestimmt die Entschädigung, welche dem Präsidenten, der Geschäftsstelle und der Revisionsstelle für ihre Tätigkeit zukommt.

3. Die Fachkommissionen

Art. 22

¹Die Verwaltung wählt die erforderlichen Fachkommissionen.

²Zu deren Aufgaben gehören insbesondere:

- a) die Antragstellung an die Verwaltung bezüglich der Ansätze für die in die einzelnen Garantiefonds zu leistenden Beiträge sowie der Ansätze für die hieraus zu bestreitenden Vergütungen im Sinne von Art. 19 lit. k);
- b) die Vorbereitung von Durchführungsbestimmungen für die betreffenden Pflichtlagerwaren zur Beschlussfassung durch die Verwaltung im Sinne von Art. 19 lit. n);
- c) die Antragsstellung an die Verwaltung bezüglich der Bemessung und Neufestsetzung der Pflichtlager;
- d) die Behandlung weiterer Fragen, die ihr von der Verwaltung zugewiesen werden.

Art. 23

¹Die einzelnen Fachkommissionen bestehen aus einem Vorsitzenden und weiteren Fachleuten, die durch die Verwaltung gewählt werden. Mindestens ein Mitglied der Fachkommission muss gleichzeitig Mitglied der Verwaltung sein.

²Für die Behandlung von Spezialfragen kann der Vorsitzende zudem aussenstehende Experten einberufen. Zur Behandlung daraus resultierender Anträge in der Verwaltung ist auf deren Begehren eine Vertretung der Experten beizuziehen.

³Vertreter der Behörden, die mit der Lagerhaltung von Heilmitteln befasst sind, können von Amtes wegen an den Sitzungen der Fachkommissionen teilnehmen.

Art. 24

¹Der Vorsitzende und die Mitglieder der Fachkommissionen werden für die Dauer von vier Jahren von der Verwaltung gewählt. Wiederwahl ist zulässig.

²In Bezug auf Einberufung der Sitzungen, Stimmrecht und Geheimhaltungspflicht gelten sinngemäss die entsprechenden Vorschriften für die Verwaltung der Genossenschaft.

4. Die Geschäftsstelle

Art. 25

¹Der Geschäftsstelle obliegen:

- a) die Führung der laufenden Geschäfte und des Rechnungswesen der Genossenschaft;
- b) die Orientierung der Mitglieder über die von den zuständigen Organen gefassten Beschlüsse und die von den Amtsstellen getroffenen Entscheide;
- c) die Erledigung weiterer ihr von der Verwaltung übertragener Geschäfte.

²Die Geschäftsstelle ist über dienstliche Wahrnehmungen zu strengster Verschwiegenheit verpflichtet; sie darf nur dem Präsidenten und den mit der wirtschaftlichen Landesversorgung betrauten Amtsstellen Auskunft erteilen.

³Die Geschäftsstelle darf der Genossenschaft nicht als Mitglied angehören; ihr Leiter muss Schweizerbürger sein. Wird die Geschäftsstelle einer juristischen Person übertragen, so muss sie ihren Sitz in der Schweiz haben.

⁴Ein Vertreter der Geschäftsstelle nimmt an den Sitzungen der Verwaltung, der Fachkommissionen und an der Generalversammlung teil.

5. Die Revisionsstelle

Art. 26

Die ordentliche Generalversammlung wählt jährlich eine der EXPERTsuisse oder Treuhand Suisse angeschlossene Wirtschaftsprüfungs- oder Treuhandgesellschaft als Revisionsstelle, welche im Sinne von Art. 23 Abs. 1 VWLV und Art. 906 bis 907 OR die Jahresrechnung der Genossenschaft zu prüfen und der Verwaltung zuhanden der Generalversammlung Bericht zu erstatten hat.

V. Auflösung

Art. 27

¹Die Genossenschaft wird aufgelöst mit dem Dahinfallen des statutarischen Zweckes, ferner durch Beschluss der Generalversammlung. Die Durchführung der Liquidation erfolgt nach den gesetzlichen Bestimmungen.

²Ein allfälliger Liquidationsüberschuss aus den Garantiefonds ist nach Anhörung der an der Lagerhaltung beteiligten Branchen zu Gunsten der Konsumenten zu verwenden; vorrangig ist eine Verwendung nach Massgabe von Art. 3 Abs. 4 der Statuten.

VI. Rechtsschutz; Behandlung von Streitigkeiten, Beschwerdeinstanzen

Art. 28

¹In Pflichtlagerstreitigkeiten zwischen Parteien von öffentlich-rechtlichen Verträgen nach LVG und zwischen Pflichtlagerhaltern und Pflichtlagerorganisationen entscheidet gemäss Art. 47 LVG das Bundesverwaltungsgericht.

²In zivilrechtlichen Streitigkeiten zwischen Mitgliedern der Helvecura oder zwischen einem Mitglied und der Helvecura, die nicht der Beurteilung durch das Bundesverwaltungsgericht unterliegen, entscheiden die zivilen Gerichte. Für solche Streitigkeiten wird Bern als Gerichtsstand bezeichnet.

³Gegen Verfügungen, die von der Helvecura gestützt auf Landesversorgungsrecht erlassen worden sind, kann gemäss Art. 46 Abs. 1 LVG beim Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung Verwaltungsbeschwerde erhoben werden.

⁴Gegen Verfügungen, die von der Helvecura gestützt auf andere Bestimmungen des Bundesrechts erlassen worden sind, kann bei der dort bezeichneten Beschwerdeinstanz Verwaltungsbeschwerde erhoben werden.

VII. Bekanntmachung

Art. 29

¹Soweit die Statuten keine anderen Bestimmungen enthalten, werden die Bekanntmachungen im Schweizerischen Handelsamtsblatt veröffentlicht.

²Interne Mitteilungen können brieflich oder durch geeignete elektronische Informationsmittel erfolgen.

VIII. Übergangsbestimmungen der Änderung vom 13. Juni 2018

Im Zusammenhang mit der Rückzahlung der bisher ausgegebenen Anteilscheine gelten die folgenden Bestimmungen:

¹Mit Inkrafttreten der geänderten Statuten sind die bisher ausgegebenen Anteilscheine an die Geschäftsstelle zurückzusenden.

²Nach der Rücksendung des Anteilscheines wird den Mitgliedern ihr Anteil zum Nennwert zurückbezahlt.

³Die Frist für die Rücksendung der Anteilscheine beträgt ein Jahr ab Inkrafttreten der Statutenänderungen vom 13. Juni 2018. Nach Ablauf dieser Frist verfällt der Anspruch auf Rückzahlung des geleisteten Anteils.

⁴Im Übrigen bleiben Rechte und Pflichten der Mitglieder von der Aufhebung der Anteilscheine unberührt.

Diese Statuten wurden an der Generalversammlung vom 13. Juni 2018 angepasst und genehmigt.

Bern, 13. Juni 2018

Helvecura Genossenschaft (Helvecura)


